

Baden-Württemberger ziehen Regierungsbilanz

Gutes Zeugnis für Krisenmanagement / Viel Kritik an Effizienz

In den vergangenen Wochen ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Bundes- wie auf Länderebene gesunken. In Baden-Württemberg fällt die Bilanz der Bürger aber positiver aus, wie der fünfte Teil des BaWü-Checks, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, nun ergab. 54 Prozent attestieren der Landesregierung gute oder sogar sehr gute Arbeit, 37 Prozent äußern sich kritisch.

Dabei ziehen höhere Bildungsschichten eher eine positive Bilanz, einfache Bildungsschichten, die oft auch überdurchschnittlich von den Kollateralschäden der Pandemie betroffen sind, äußern mehr Kritik. Auch die Eltern schulpflichtiger Kinder sind tendenziell weniger zufrieden als der Durchschnitt der Bevölkerung. So äußern 45 Prozent der Eltern Kritik an der Arbeit der Landesregierung bei der Bekämpfung der Pandemie.

und Anregungen zur Corona-Politik gibt. Lediglich 19 Prozent sind überzeugt, dass es solche Anlaufstellen gibt; 50 Prozent ziehen dagegen die ernüchternde Bilanz, dass man als Bürger in dieser Situation ohnmächtig ist. Überdurchschnittlich haben Eltern diesen Eindruck und vor allem diejenigen, die Anlass zur Kritik sehen. So sehen 73 Prozent derjenigen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung unzufrieden sind, keine Möglichkeit, sich als Bürger mit Kritik und Anregungen einzubringen.

Das Urteil über die Gesamtbilanz in dieser Legislaturperiode fällt demnach eher gemischt aus. Nur 32 Prozent bewerten die Politik der grün-schwarzen Landesregierung als erfolgreich, 26 Prozent als nicht erfolgreich; ein hoher Anteil traut sich kein Urteil zu. Die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement prägt dabei auch das Urteil über die Gesamtbilanz: Diejenigen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung zufrieden sind, ziehen mehrheitlich auch eine positive Gesamtbilanz, dagegen nur sieben Prozent der mit dem Krisenmanagement Unzufriedenen.

Wenig Aufmerksamkeit für Landespolitik

Der hohe Anteil der Unentschiedenen, die sich kein Urteil zutrauen, zeigt auch ein Problem, mit dem die Landespolitik generell zu kämpfen hat. Die Bundespolitik erreicht auf weitaus mehr Feldern die Aufmerksamkeit der Bürger als die Landespolitik, die oft nur selektiv in einzelnen Politikfeldern oder bei besonderen Herausforderungen wie der aktuellen Pandemie wahrgenommen wird. Die meisten Vorhaben und Beschlüsse einer Landesregierung sind den Bürgern in der Regel nicht bekannt, wie sich auch Landespolitiker schwertun, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen.

Wenn die Bürger von Baden-Württemberg gefragt werden, welche der drei Oppositionsparteien in den vergangenen fünf Jahren am aktivsten war, trauen sich 30 Prozent kein Urteil zu und weitere 25 Prozent empfinden keine als besonders aktiv. Diejenigen, die eine klare Vorstellung von der Aktivität

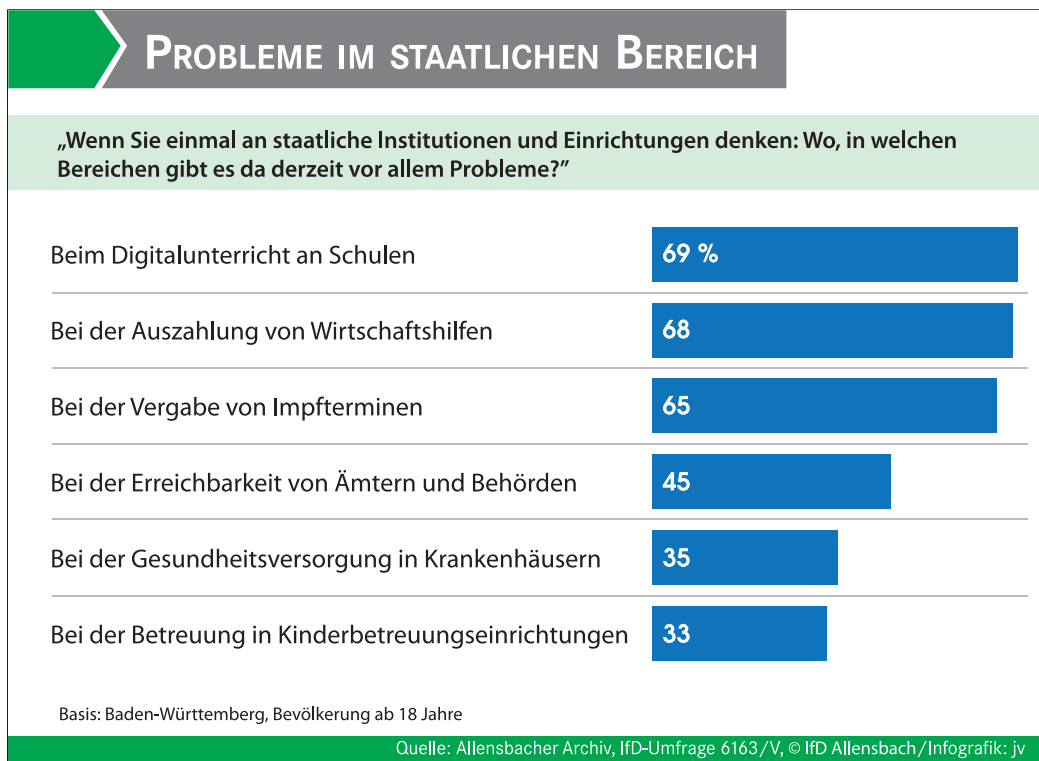
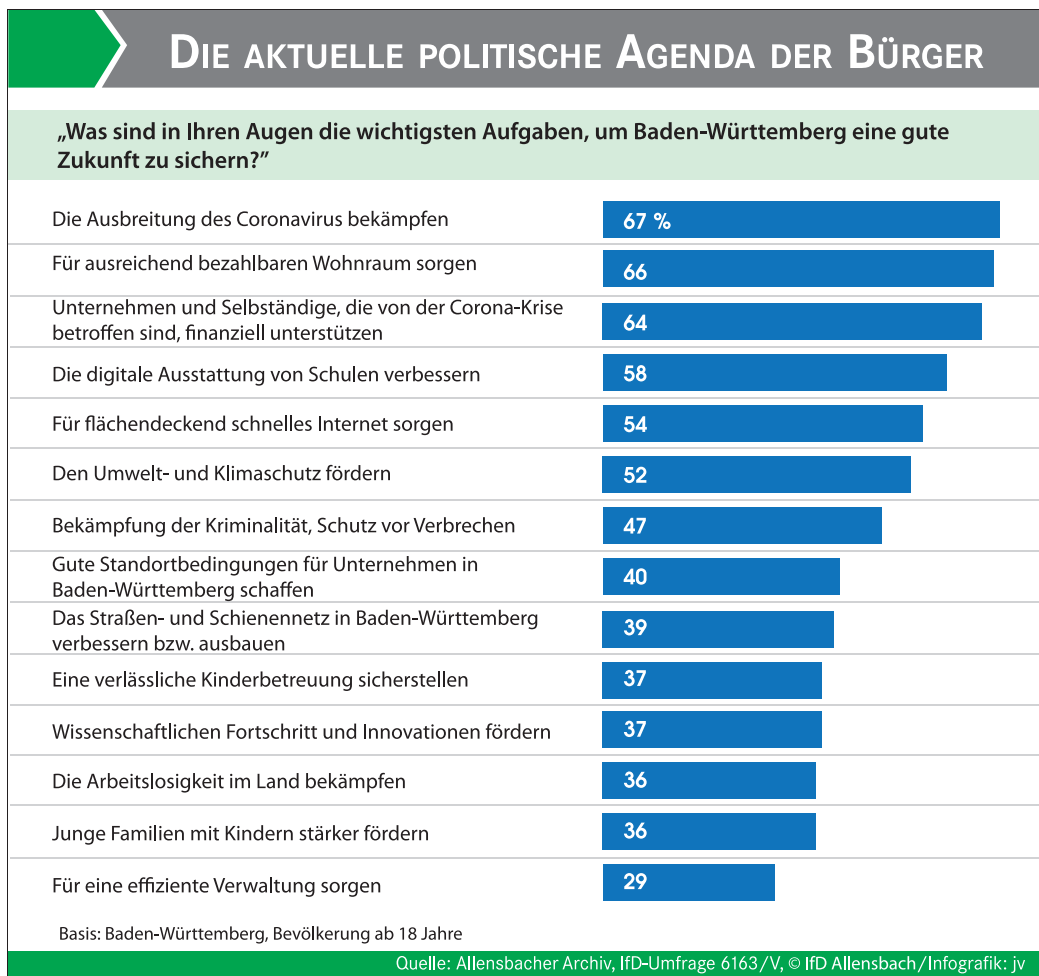
der Opposition haben, empfinden mit Abstand die SPD als am aktivsten, gefolgt von der AfD.

Auch der Bekanntheitsgrad führender Landespolitiker zeigt die Schwierigkeit, sich in der Landespolitik einen Namen zu machen. Winfried Kretschmann führt einsam mit einem Bekanntheitsgrad von 92 Prozent; auf dem zweiten Rang liegt Susanne Eisenmann mit 63 Prozent, gefolgt von Thomas Strobl mit 59 Prozent. Winfried Hermann, Andreas Stoch, Hans-Ulrich Rülke und Bernd Gögel sind dagegen nur einer Minderheit der Baden-Württemberger ein Begriff.

Kretschmann beliebt, Eisenmann nicht

Nicht nur der Bekanntheitsgrad, auch die Popularitätswerte fallen teilweise deutlich auseinander. Auch hier erhält der amtierende Ministerpräsident mit Abstand das beste Zeugnis: 72 Prozent derjenigen, denen Winfried Kretschmann ein Begriff ist, haben von ihm eine gute Meinung, nur 28 Prozent sehen ihn kritisch. Von den übrigen Politikern erhält lediglich Andreas Stoch von der Mehrheit derjenigen, die ihn kennen, ein überwiegend positives Zeugnis. Bei allen anderen Politikern überwiegen die kritischen Urteile; bei Winfried Hermann nur knapp, bei allen anderen deutlich. Das gilt insbesondere für Bernd Gögel, der von 73 Prozent derjenigen, die ihn kennen, kritisch bewertet wird und für Susanne Eisenmann: Sie wird von 32 Prozent derjenigen, denen sie ein Begriff ist, positiv bewertet, von gut zwei Dritteln kritisch.

Die politische Agenda der Bürger ist zurzeit in hohem Maße von der Pandemie und ihren Kollateralschäden geprägt (siehe Schaubild). 67 Prozent rechnen es zu den wichtigsten Aufgaben, die Ausbreitung der Pandemie zu bekämpfen, 64 Prozent auch die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen, die von der Krise betroffen sind, und 58 Prozent die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen. Darüber hinaus messen die Bürger der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum große Bedeutung zu wie auch der flächendeckenden Bereitstellung von schnellem Internet und der Förderung von Um-



welt- und Klimaschutz. Am Ende der politischen Agenda steht das Ziel einer effizienten Verwaltung, die Förderung junger Familien und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Angesichts der pandemiebedingten wirtschaftlichen Probleme mag es auf den ersten Blick überraschen, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weit unten rangiert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosigkeit zwar angestiegen ist, aber sich nach wie vor insbesondere durch die Kurzarbeiterregelungen in Grenzen hält. Die große Mehrheit der Bürger ist bisher wirtschaftlich von den ökonomischen

Kollateralschäden nicht unmittelbar betroffen, wie auch eine frühere Bestandsaufnahme des Baden-Württemberg-Monitors zeigte.

Tageszeitungen als Informationsquelle

Zu guter Letzt wurden die Baden-Württemberger gefragt, wie es um das Ansehen der regionalen Tageszeitungen bestellt ist. Das Ergebnis: Nach wie vor sind sie eine wichtige Informationsquelle. 37 Prozent lesen täglich oder fast täglich, weitere 29 Prozent sporadisch. Lediglich 13 Prozent greifen nie zur regionalen Tageszeitung. Dabei unterscheidet sich die Nutzung der verschiedenen Generationen gravierend. Von den unter 30-Jährigen verzich-

ten zwölf Prozent völlig auf die Lektüre der Tageszeitung. Der Anteil der regelmäßigen Leser macht jedoch nur 15 Prozent aus, dagegen bei den 45- bis 59-Jährigen 41 Prozent und bei den 60-Jährigen und Älteren 55 Prozent. Das Alter beeinflusst die Mediennutzung weitaus stärker als der Bildungsabschluss oder das Geschlecht.

Diejenigen, die regelmäßig oder sporadisch ihre regionale Tageszeitung nutzen, stellen der Zeitung überwiegend ein gutes Zeugnis aus: 74 Prozent bewerten sie positiv, 15 Prozent mit sehr gut, 59 Prozent mit gut. Lediglich 17 Prozent äußern sich kritisch. Auch hier unterscheidet sich teilweise das Urteil der verschiedenen Generationen, allerdings weniger als bei der Regelmäßigkeit der Nutzung.



Während das Krisenmanagement überwiegend positiv beurteilt wird, haben mehr als zwei Drittel den Eindruck, dass die Effizienz des staatlichen Bereichs zu wünschen übrig lässt. Sowohl beim Digitalunterricht an den Schulen sehen die Befragten besonders große Probleme als auch bei der Auszahlung der Wirtschaftshilfen. 65 Prozent kritisieren auch die Organisation der Impftermine, knapp die Hälfte darüber hinaus die Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden (siehe Schaubild). Untersuchungen auf Bundesebene zeigen ein ähnliches Bild.

Gleichzeitig hat die Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg den Eindruck, dass es keine Anlaufstelle für Kritik



Der Landtag in Stuttgart: Viele der hier tätigen Politiker sind den Bürgern unbekannt.

Foto: Weissbrod/dpa

Zum Thema: BaWüCheck

Landesregierung im Fokus

Baden-Baden (BT) – Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg, darunter das Badische Tagblatt, in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitun-

gen mehr als 1.000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands; auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzukommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstärksten Online-Portalen der Tageszeitungen.